

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Genügend Unterstützung für Schülerinnen, Schüler und Eltern in der Zeit der Pandemie

2021/71

vom 18. Juli 2024

1. Ausgangslage

Mit der Überweisung des Postulats 2021/71 am 21. März 2021 beauftragte der Landrat den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, wie gross die Überlastung der unterstützenden Dienste (Schulsozialdienste (SSD), Berufswegbereitung (BWB), Schulpsychologischer Dienst (SPD), Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD), Jugenddienst Polizei) in Folge der Pandemie ist. Zudem soll geprüft und berichtet werden, mit welchen Massnahmen möglichst schnell genügend Unterstützung für Schülerinnen, Schüler und Eltern sichergestellt werden kann.

Der Regierungsrat verweist in seinem Bericht auf Zahlen des Bundesamts für Gesundheit, gemäss derer in der Schweiz zwischen 10 und 20 % der Kinder und Jugendlichen gefährdet sind, gesundheitliche und soziale Probleme zu entwickeln (z. B. Sucht, Gewalt oder psychische Belastungen). Diese können sich bei den Schülerinnen und Schülern unterschiedlich äussern, z. B. in Aggressivität, Diebstahl, häufigen Konfliktsituationen bis hin zu verbalem, physischem und psychisch grenzverletzendem Verhalten. Die Belastung kann sich aber auch durch ein Zurückziehen von Betroffenen zeigen, z. B. in Form von Depressivität, Ängsten, Zwängen, sozialen Phobien bis hin zu suizidalem Verhalten. Unterschiedliche Studien zeigen zudem, dass die psychische Belastung bei jungen Menschen während der Pandemie zunahm, was sich einerseits in einem Anstieg an Fällen von Verhaltensauffälligkeiten und andererseits in zunehmend schwerwiegenderen und komplexeren Fällen widerspiegelt. Entsprechend wurden und werden die Dienste stärker genutzt, die Kinder und Jugendliche in belastenden Situationen unterstützen

Im April 2021 wurden mit Vertretungen der Fachdienste Interviews zum Thema «Überlastung der unterstützenden Dienste» geführt. Es zeigte sich, dass fast alle Dienste einen Anstieg der Fallzahlen verzeichneten. Zudem wurde zur Art der Fälle angemerkt, dass diese schwerwiegender, komplexer und anspruchsvoller wurden. Die beschriebenen Zunahmen sind gemäss Fachdiensten nicht immer, aber teilweise auf die Pandemie zurückzuführen. Eine entsprechende Tendenz habe sich bereits vor der Pandemie abgezeichnet.

Während der Pandemie wurden verschiedene Massnahmen zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten, Lehrpersonen sowie Mitarbeitenden der Fachdienste und der kantonalen Verwaltung ergriffen. Die durch die Pandemie nochmals verstärkte hohe Auslastung von Kinder- und Jugendpsychiatrien und spezialisierten Beratungsstellen führt auch weiterhin teilweise zu Wartelisten für dringend benötigte Behandlungen. Auch an den Schulen sind die Auswirkungen der Pandemie und die psychische Belastung der Schülerinnen und Schüler weiterhin spürbar. Deshalb ergriff die BKSD im August 2023 Sofortmassnahmen, um die Schülerinnen und Schüler durch die Stärkung der Fachdienste und -personen weiterhin bestmöglich unterstützen zu können. Mittel- und langfristige Massnahmen werden zeitgleich in mehreren Projekten erarbeitet. Oberstes Ziel ist dabei die Erfüllung des Bildungsanspruchs der Schülerinnen und Schüler bei gleichzeitiger Sicherstellung der Tragfähigkeit der Baselbieter Schulen. Im Speziellen sollen die Grundversorgung psychisch belasteter und erkrankter Schülerinnen und Schüler im Schulkontext sichergestellt und daraus resultierende Auswirkungen auf ihr Verhalten besser begleitet werden können. Mit demselben Ziel sind derzeit in der Bildungsdirektion drei weitere Projekte zu Verhalten und Sonderschulung in Arbeit («Umgang mit schwer verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schü-

lern», «StaFF-BL – Standards zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs» und «Bedarfsanalyse Sonderschulplätze»). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beriet die Vorlage an ihrer Sitzung vom 29. Februar 2024 im Beisein von Regierungspräsidentin Monica Gschwind und Generalsekretär Severin Fallner. Beat Lüthy, Leiter Amt für Volksschulen (AVS), und Leonie Peter, Kommunale Schulen, AVS, stellten ihr das Geschäft vor.

2.2. Eintreten

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission sprach sowohl der Direktion für den Bericht und die ergriffenen Massnahmen als auch den unterstützenden Diensten für ihre Arbeit ihren Dank aus. Es sei wichtig, dass die weiterhin benötigten Unterstützungsangebote aufrechterhalten und die Sensibilität gegenüber möglichen Spätfolgen der Pandemie und psychischen Belastungen hoch bleibe.

Auf die Frage, ob mittlerweile eine Abnahme der Anzahl Kinder und Jugendlichen, die Unterstützung benötigen, beobachtet werden könne, legte die Direktion dar, dass die Zahlen nicht sinken, sondern eher noch weiter steigen würden. Die Pandemie habe als eine Art Multiplikator für bereits bestehende Probleme gewirkt. Bei der Zunahme der psychischen Belastungen und der Verhaltensauffälligkeiten handle es sich um eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, die sich europaweit zeige und sich in den Schulen widerspiegeln. Der steigende Bedarf an Sonderschulung und spezieller Förderung sei besorgniserregend. Zum einen werde versucht, die Gründe für den Anstieg zu eruieren. Zum anderen würden die laufenden Projekte darauf abzielen, die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und gleichzeitig die Tragfähigkeit des Schulbetriebs zu sichern. Es sollen Massnahmen gefunden werden, um den Trend brechen zu können. Besorgniserregend sei auch der Anstieg von Fällen auf Kindergartenstufe, in denen Kinder Unterstützung benötigen. Entsprechend sei wichtig, dass Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden, damit sie sich nicht bis zum Jugendalter weiter verstärken können.

In Bezug auf mögliche Massnahmen wurde seitens Kommission der Vorschlag eingebracht, eine Art Resilienztraining für Kinder und Jugendliche einzuführen. Ein solches könnte dazu beitragen, dass die Kinder und Jugendlichen über mehr eigene Ressourcen und Fähigkeiten verfügen, um mit Stress und schwierigen Situationen umgehen zu können.

Ein Kommissionmitglied interessierte, ob Informationen dazu vorliegen, ob die Pandemie unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Leistungszüge auf Sekundarstufe hatte. Entsprechende Daten könnten Hinweise darauf geben, ob die vorhandenen Ressourcen zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler allenfalls anders verteilt werden müssten. Die Direktion erklärte, dass sie über keine Informationen bezüglich der Leistungszüge verfüge. Die Wahrnehmung sei jedoch, dass die Auswirkungen in allen Leistungszügen und auf allen Schulstufen spürbar seien.

Uneinigkeit bestand bezüglich der Einschätzung der Rolle des Fernunterrichts. Ein Teil der Kommission vertrat die Ansicht, dass Fernunterricht künftig, wenn immer möglich, vermieden werden sollte. Der Fernunterricht habe möglicherweise bereits bestehende Probleme bei denjenigen Kindern und Jugendlichen verstärkt, die eine enge Betreuung durch die Lehrpersonen benötigen. Ein anderer Teil der Kommission hingegen hielt fest, dass auch viele Schülerinnen und Schüler gut mit dem Fernunterricht zurechtgekommen seien und teilweise vom selbständigen Arbeiten und Lernen sogar profitiert hätten. Ein Kommissionsmitglied erachtete es im Allgemeinen – nicht nur im Zusam-

menhang mit dem Fernunterricht – als schwierig, dass oftmals der Fokus nur auf diejenige kleine Gruppe gelegt werde, die mit etwas Schwierigkeiten habe.

Ein Kommissionsmitglied bemängelte, der Bericht des Regierungsrats würde zu wenig auf die Rolle der Eltern eingehen. Die Eltern als Teil des Gesamtsystems sollten zwar bei Bedarf Unterstützung erhalten, müssten aber auch miteingebunden werden und ihren Teil beitragen. Es komme immer wieder vor, dass Eltern ihre Pflichten nicht einmal kennen würden. Ein Kommissionsmitglied verwies darauf, dass es im Postulat eben gerade um die Unterstützung für Eltern gehe und dass die Eltern während der Pandemie, vor allem in der Zeit des Fernunterrichts, viel zum Funktionieren des Systems beitragen mussten. Ein anderes Kommissionsmitglied gab zudem zu bedenken, dass nicht alle Eltern die gleichen Voraussetzungen in Bezug auf Bildung oder die soziale und wirtschaftliche Situation hätten und deshalb nicht alle ihre Verantwortung gleichermassen wahrnehmen können. Die Gesellschaft, und als Teil von ihr die Schule, habe letztlich eine Verantwortung für alle Kinder. Dies sei in der Pandemie besonders deutlich geworden.

3. Beschluss der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission schreibt das Postulat 2021/71 einstimmig mit 13:0 Stimmen ab.

18.07.2024 / pw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Anna-Tina Groelly, Präsidentin